

Grübel macht kurzen Prozess

Der UBS-CEO stellt Offshore-Manager frei – und stellt US-Kunden Ultimatum

VON LUKAS HÄSSIG UND
BEAT SCHMID

ZÜRICH Letzten Montag machte Oswald Grübel kurzen Prozess. Die einstigen Vorgesetzten des US-Offshore-Geschäfts, das der Schweizer Grossbank in Übersee beinahe eine Anklage als kriminelle Organisation beschert hätte, wurden per sofort freigestellt. Abfindungen erhalten sie keine, lediglich die vertraglich zugesicherten sechs Monatslöhne werden ausbezahlt. Grübel soll die Entlassungen nicht begründet haben, sagt ein mit der Angelegenheit Vertrauter. Grübels Credo laute Nulltoleranz: Wer oben in der Hierarchie in diesem Geschäft stand, muss weg.

Was mit den zahlreichen übrigen Managern und Mitarbeitern des einstigen US-Geschäfts passiert, ist unklar. Offenbar fanden diese Woche Gespräche mit über 20 Kundenberatern, Rechtsspezialisten und Managern mittleren Ranges statt; weitere Kündigungen sollen erfolgt sein. Ein UBS-Pressesprecher wollte die Kündigungen von dieser Woche nicht kommentieren.

Auch an der Kundenfront will Grübel offenbar einen Schlussstrich unter die US-Steueraffäre ziehen. Laut der UBS-Quelle würden derzeit Tausende von amerikanischen Kunden, die immer noch ungesteuerte Vermögen auf UBS-Konten in der Schweiz hielten, schriftlich aufgefordert, die Bank innert 45 Tagen zu verlassen. Wer bis dann keine neue Bankbeziehung angebe, erhalte den Gegenwert der verkauften Wertpapiere und seinen Cash-Bestand per Check ausgehändigt.

Vom Vorgehen sind Tausende von US-Kunden betroffen. Per Ende September 2008 hatte die Bank 47 000 Konten mit nicht deklarierten US-Vermögen geführt, von denen inzwischen 14 000 aufgelöst worden seien. Möglicherweise will Grübel sogar die Geschäftsbeziehungen zu Amerikanern auflösen, die ausserhalb der USA leben und nur Cash auf dem Konto halten. In diese Kategorie fielen per Herbst 2008 17 000 Konten.

Grosses IT-Projekt gestoppt, weil das Business fehlt

Derweil schlägt UBS-Chef Oswald Grübel auf der Suche nach Kosteneinsparungen ein hohes Tempo an. Einen grossen Kostenblock stellt die Informatik dar. Zahlreiche Projekte werden der-



Oswald Grübel: Hohes Tempo beim Sparen
FOTO: MARC WETLI

Alte Seilschaften

Grübel vergibt PR-Mandat an Karin Rhomberg. Sie ist die frühere PR-Chefin der CS.

UBS-Chef Oswald Grübel setzt auf alte Seilschaften in der Kommunikation. Wie die SonntagsZeitung erfahren hat, erteilte die Bank der früheren CS-Kommunikationschefin Karin Rhomberg ein PR-Mandat. Rhomberg gründete nach ihrer Tätigkeit bei der CS die Agentur Lemongrass. Sie löst damit Christian König von Farner PR ab, der während Jahren Ospel und später Kurer kommunikativ beriet. Weder UBS-Kommunikationschef Michael Willi noch Karin Rhomberg wollten zum Mandatswechsel Stellung nehmen.

zeit überprüft oder gestoppt. Am Donnerstag teilte der IT-Leiter der weltweiten Vermögensverwaltung, Rolf Olmesdahl, in einer E-Mail an die Mitarbeiter mit, dass er das Projekt «Leveraging SSP» gestoppt habe. Für 80 Millionen Franken hätte die UBS-Kernbankensoftware in Singapur aufgebaut werden sollen, 30 Millionen davon wurden offenbar schon verbaut. Begründet wird der Entscheid mit dem Rückgang der Geschäfte in der Region Asien-Pazifik. Das Geschäftsumfeld habe sich «fundamental verändert», schreibt er weiter.

Zudem will Grübel offenbar viel mehr Stabsleute und Vorgesetzte abbauen, als innerhalb der Bank bis vor kurzem vermutet wurde. Beispielsweise würden von rund 200 Strategieentwicklern innerhalb der Vermögensverwaltung

nur noch 20 eine Jobofferte erhalten, sagt ein Insider. Diesen würden deutlich höhere Fixsaläre offeriert. Der Aufbau solcher Stabsstellen war in den guten Jahren erfolgt, als jeder Bereich innerhalb der Vermögensverwaltung – Private Banking, Schweizer Retail- und Kommerzgeschäft, weltweites Onshore-Geschäft – eigene Querschnittsfunktionen kreierte. Eine UBS-Sprecherin wollte das radikale Vorgehen nicht bestätigen, sondern verwies auf Aussagen von Ex-CEO Marcel Rohner an der Jahrespressekonferenz von Februar. Rohner sagte damals, dass nochmals 600 bis 800 Stellen in der Schweiz gestrichen würden.

Letzte Woche berichtete die SonntagsZeitung, dass die UBS einen Abbau von 3000 bis 5000 Kader- und Stabsstellen ins Auge fassse.

MARKUS GISLER



OECD: Die Lösung überfordert die Schweiz

Auf der schwarzen Liste der OECD werden wir also nicht stehen, und die Wogen glätten sich wieder. Aber die Schwierigkeiten beginnen erst. Zur Umsetzung der mündlichen Eingeständnisse, künftig auch bei Steuerhinterziehung Auskunft zu erteilen, müssen zwölf Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) neu ausgehandelt werden. Die Verhandlungen parallel zu führen, ist nicht möglich. Mit welchem also beginnen? Ein neues DBA mit Hongkong oder Singapur würde die in dieser Frage tonangebenden Länder nicht zufrieden stellen. Infrage kommen nur Deutschland, Frankreich, Grossbritannien oder die USA. Deutschland empfiehlt sich angesichts unserer strapazierten Gemütslage nicht, genauso wenig wie Frankreich mit seinem exaltierten Präsidenten. Für die Franzosen sind wir ohnehin nur «les petits suisses». Grossbritannien könnte sich als trickreich erweisen, konsequenterweise müsste die Schweiz die Abschaffung der britischen Trusts verlangen. Bleiben die USA, doch die Amerikaner werden unter der mit Aufräumen beschäftigten Regierung Obama unbarmerzig gegen die Schweiz vorgehen.

«Zwölf DBA parallel neu aushandeln ist nicht möglich. Mit welchem also beginnen?»

Dieser Druck wird die Schweizer Verhandlungsdelegation zwingen, grosszügig einzulenken. Dann allerdings droht dem Bundesrat ein frühzeitiges Aus im Heimspiel. DBA müssen vom Parlament abgesehen werden,

und sie unterstehen dem fakultativen Referendum. Je mehr Boden in den Verhandlungen preisgegeben wird, desto grösser der Widerstand im Parlament. Zudem ist das SVP-Referendum so sicher wie das Amen in der Kirche. Damit verstreichen mindestens drei bis vier Jahre, bis der Souverän über ein neues DBA abstimmen kann, und dann läge erst eines der geforderten zwölf Abkommen vor.

Angesichts der Krise und des internationalen Drucks ist es nicht vorstellbar, dass sich die USA und die EU auf die Wartebank schieben lassen. Mit welchem Druckmittel sie als Nächstes auffahren, ist noch offen. Aber wir tun gut daran, schon mal den Helm aufzusetzen. Um den zermürbenden und im Resultat unsicheren Verhandlungsmarathon zu umgehen, wird unter Fachleuten offenbar ein alternatives Vorgehen ausgelotet. Die Lösung läge im einseitigen Nachvollzug der Schweiz, indem auf Neuverhandlungen von DBA ganz verzichtet wird und stattdessen bloss die den DBA nachgelagerten Verordnungen abgeändert würden. Damit würde die Legislative ausgehebelt und ein Referendum verunmöglicht. Ob Parlament und Volk die Änderung eines bisherigen Eckpfeilers des helvetischen Selbstverständnisses so mir nichts, dir nichts schlucken werden, ist indes fraglich. Der Fall scheint schier unlösbar. In der Krise ist unser Regierungssystem heillos überfordert.

Fürstliche Finanzgruppe LGT soll Millionen zurückzahlen

Schadenersatzforderungen von deutschen und amerikanischen Kunden wegen schwarzer Fonds. Stiftungsparadies Liechtenstein ist am Ende: Auf eine neue Stiftung im Ländle kommen zwanzig Stiftungen, die liquidiert werden

VADUZ FL Die Finanzgruppe LGT im Eigentum der liechtensteinischen Fürstenfamilie ist mit Schadenersatzforderungen unzufriedener Kunden aus Deutschland und den USA konfrontiert. Es geht um sogenannte schwarze Fonds. Das sind Fonds, die etwa in Deutschland zum öffentlichen Vertrieb nicht zugelassen sind. Da diese Fonds an steuergünstigen Standorten verwaltet werden, sind die Administrationskosten tiefer, Investments damit attraktiver. Doch der Datenklau 2002

bei der LGT Treuhand hat viele Investoren aufliegen lassen, die für Erträge aus solchen Fonds Nach- und Strafsteuern bezahlen mussten. Nun fordern sie Millionen von der LGT. LGT-Sprecher Christof Buri: «Natürlich gibt es Kunden, die dieses Thema angesprochen und ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gegeben haben.» Mit konkreten Forderungen sei die LGT aber bisher nur selten konfrontiert worden. «Aufgrund der Rechtsprechung in einem vergleichbaren Fall und laut Exper-

tenmeinungen», sagt Buri, «dürfte es schwierig sein, Forderungen erfolgreich durchzusetzen.» Vor Gericht seien derzeit keine Klagen hängig. Mitte März trennte sich die LGT-Gruppe von der Treuhand-Tochter und verkaufte diese an den Platzhirsch in der Treuhand-Szene, First Advisory Group. Das ist nicht das einzige Zeichen eines Finanzplatzes im Umbruch.

Im Jahr 2000 zählte Liechtenstein 32 000 Einwohner und 76 000 Stiftungen. Heute leben

mehr Einwohner in Liechtenstein, aber es gibt 40 Prozent weniger Stiftungen: Der Datenklau, internationaler Druck und Grossbanken, die Kundengelder verlieren, haben etwa das Geschäft mit Stiftungen abgewürgt. Die First Advisory bestätigt: «Die Rückgänge beziehen sich vor allem auf das sogenannte Stiftungsmassengeschäft.» Ein Insider, der nicht namentlich genannt sein möchte, sagt: «Während hier eine Stiftung gegründet wird, werden zwanzig andere liquidiert.»

Wichtiger Grund für das serbelnde Stiftungsgeschäft sind die beiden Schweizer Grossbanken. «Sie machen einen substanziellen Teil des Geschäfts aus», sagt Beatrice Noll Schurti, Geschäftsführerin der liechtensteinischen Treuhändervereinigung. Jede vierte Stiftung gehört inoffiziellen Schätzungen zufolge CS- oder UBS-Kunden. Grosse Treuhandunternehmen machen damit die Hälfte ihres Stiftungsgeschäfts.

Doch jetzt bleiben diese beiden Grosskunden aus. Im Ländle er-

zählt man sich, die UBS habe interne Weisungen erlassen, im Fürstentum keine Stiftungen mehr zu gründen. UBS-Sprecher Serge Steiner dementiert: «Es gibt keine UBS-Weisungen über Stiftungen in Liechtenstein.» Dennoch: Das Stiftungsparadies Liechtenstein ist am Ende. Die First Advisory reagiert und kündigt an: Mit «angepassten Strukturierungen» und «neuen Geschäftsmodellen» wolle man das «historische Massengeschäft» mit Stiftungen ersetzen.»

JEAN FRANÇOIS TANDA